

KEIN ZURÜCK BEI DER VERSORGUNG UNSERER PATIENTINNEN UND PATIENTEN!

Liebe Patientin, lieber Patient,

der Bundesgesundheitsminister will wichtige Errungenschaften in der ambulanten Versorgung wieder abschaffen, die bei Ihnen in den vergangenen Jahren für spürbare Verbesserungen gesorgt haben. Konkret geht es um die schnellere Vergabe von Behandlungsterminen und das Angebot der offenen Sprechstunde. Setzt sich das Bundesgesundheitsministerium damit durch, dann kann das für Sie bedeuten:

- Sie müssen wieder mit längeren Wartezeiten für Termine rechnen
- Es stehen weniger Behandlungskapazitäten zur Verfügung, insbesondere für neue Patientinnen und Patienten

Worum geht es?

In den vergangenen drei Jahren haben die Praxen deutlich mehr Neupatientinnen und -patienten behandelt als noch zuvor. Sie haben außerdem mehr und schneller Behandlungstermine vergeben. Möglich wurde das dadurch, dass die Praxen eingespielte Praxisabläufe umorganisiert, ihr Leistungsangebot ausgebaut und neues Personal eingestellt haben. Die Versorgung konnte dadurch wesentlich verbessert werden. Dieser Fortschritt ist jetzt in Gefahr.

Was ist geplant?

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach will sparen. Deshalb plant er, den Praxen die finanzielle Ausstattung wieder zu entziehen, die er ihnen für das Mehrangebot an Terminen und ärztlichen Leistungen zugestanden hat.

Was bedeutet das für Patientinnen und Patienten?

Praxen können die neu geschaffenen Versorgungsangebote nicht mehr aufrechterhalten und müssten diese „rückabwickeln“. Die Wartezeiten auf Termine werden wieder länger. Der Bundesgesundheitsminister bricht damit sein Versprechen, dass es zu keinen Leistungskürzungen kommen wird.

Wir niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten setzen uns vereint dafür ein, dass Einsparungen im Gesundheitssystem nicht auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden.

Weitere
Informationen auf
kvno.de/aktionstag



Kassenärztliche
Vereinigung
NORDRHEIN